

04.09.2014

NAG wird von Ver.di vor Gericht gezerrt – Angst vor dem Gesetzgeber?

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di klagt jetzt vor dem Arbeitsgericht Gießen gegen die Neue Assekuranz Gewerkschaft (NAG), um ihr den Gewerkschaftsstatus in der Versicherungswirtschaft abzuerkennen lassen. Der Hintergrund ist klar: Es gärt zurzeit in der deutschen Tariflandschaft - die Spartengewerkschaften GDL und Cockpit versuchen öffentlichkeitswirksam, für ihre Mitglieder Verbesserungen in den Mantel- und Gehaltstarifverträgen durchzusetzen. DGB-Gewerkschaften stehen ohnmächtig abseits. Daneben strebt die Bundesregierung noch im Herbst ein Tarifeinheitsgesetz an, das allerdings aus verfassungsrechtlichen Gründen sehr fein austariert sein wird, wie Medien aktuell berichten.

Herrscht aktuell bei Ver.di Panikstimmung? „Ver.di versucht in der privaten Versicherungswirtschaft jetzt eine Monopolstellung zu verteidigen, die sie mit einem Organisationsgrad von weniger als zehn Prozent gar nicht besitzt“, erklärte NAG-Vorsitzende Waltraud Baier zu dem untauglichen juristischen Vorstoß von Ver.di, den vermeidlich kleinen und unliebsamen Konkurrenzen ins Aus zu drängen. „Wir sind sehr zufrieden mit der Entwicklung der NAG und sehen dem Gerichtsverfahren mit großer Zuversicht entgegen“, sagt Baier. „Der Versuch, unserer jungen Organisation die verfassungsmäßigen Rechte zu entziehen und auf diese Weise von den vielfältigen Unzulänglichkeiten der eigenen Organisation abzulenken, kann nur scheitern. Am Gewerkschaftsstatus der NAG besteht überhaupt kein Zweifel.“

Die NAG hat seit Ihrer Gründung kontinuierlich Einfluss auf politische Vorhaben und Entwicklungen genommen, die den Interessen der Versicherungsbeschäftigten zu wider gelaufen wären. Ver.di war bei brennenden Themen wie das Lebensversicherungsreformgesetz, die Evaluierung der Beratungsdokumentation oder die Arbeitgeberforderung nach einer Verlängerung der Stornohaftungszeit jedenfalls nicht präsent.

Und eines wollen wir auch nicht vergessen: Die NAG hat sich erfolgreich für den Erhalt der 75.000 Arbeitsplätze in der privaten Krankenversicherung (PKV) eingesetzt, während Ver.di mit der Forderung nach einer Einführung der Bürgerversicherung und damit der Abschaffung der PKV gescheitert ist. „Faktisch hat Ver.di sich aus der Versicherungsbranche verabschiedet!“, stellt Baier ernüchtert fest.

Für Rückfragen steht Ihnen Jürgen Stachan unter der Rufnummer 0152/338 12 057 zur Verfügung.